

Medienmitteilung

Bern, 10. November 2020

Smart villages: Welche Politik braucht es zur Förderung smarterer Dörfer?

Die Digitalisierung lässt die Distanzen schrumpfen und eröffnet neue Chancen für die Berggebiete. Die Technologie alleine bringt aber noch keine Verbesserung der Lebensqualität mit sich. Vielmehr muss die Digitalisierung dazu genutzt werden, neue Geschäftsmodelle zu entwickeln. In Smart villages werden deshalb alle wichtigen Akteure eines Dorfes einbezogen und gemeinsam neue Lösungsansätze erarbeitet. An einer internationalen Konferenz wurden entsprechende Beispiele vorgestellt und aufgezeigt, wie die Politik derartige integrative Prozesse unterstützen kann. Für Schweizer Bergdörfer wurde am Anlass eine neue Unterstützungsmöglichkeit lanciert.

Über 150 Vertreterinnen und Vertreter aus ganz Europa trafen sich am 10. November 2020 zu einer virtuellen Konferenz zum Thema Smart villages. Ursprünglich hätte die Konferenz in Bern stattfinden sollen. Wegen der aktuellen Covid-19-Situation wurde die Konferenz aber ausschliesslich online abgehalten. Die Teilnehmenden diskutierten die Erfahrungen aus laufenden Smart-Village-Prozessen und formulierten gemeinsam Empfehlungen an die Politik.

Praxistest bestanden

Seit 2018 wird der Smart-Village-Ansatz im Alpenraum entwickelt und in der Praxis getestet. In neun Pilotregionen im ganzen Alpenraum wurden rund ein Dutzend Projekte initiiert, die vom dörflichen CoworkingSpace bis zur Mitfahrapplikation und vom digitalen Dorfplatz bis zur Installation von öffentlichen WLAN-Sendern mit kombiniertem Marketing von regionalen Produkten und der kompletten Digitalisierung von Gemeindeprozessen reichen. Diese Projekte sind alle durch Engagement von Bürgerinnen und Bürgern in enger Zusammenarbeit mit den Gemeindebehörden, KMUs und Hochschulen und in Kombination mit neuen Technologien entstanden. Gemeinden, welche den Smart-Village-Ansatz bereits umgesetzt haben, konnten davon nicht zuletzt während der Corona-Krise profitieren. Der Smart-Village-Ansatz hat sich in der Praxis bewährt und reduziert die Krisenanfälligkeit von Bergdörfern.

Die Politik kann Smart villages unterstützen

Ziel der Konferenz vom 10. November 2020 war es aufzuzeigen, wie die Politik Gemeinden und Regionen auf dem Weg zu Smart villages unterstützen kann. Anlässlich der Konferenz wurden dazu Empfehlungen formuliert. Die Nutzung der Chancen der Digitalisierung für die Berggebiete

und ländlichen Räume muss eine politische Priorität sein. Bestehende finanzielle Unterstützungsmassnahmen müssen so ausgestaltet werden, dass sie integrative Ansätze wie Smart villages unterstützen können. Beim Start eines Smart village-Prozesses ist oft noch nicht klar, welche konkreten Ergebnisse am Schluss resultieren. Die Politik muss deshalb auch Raum für innovative Ansätze und Experimente lassen, so dass resultatoffene, bedürfnisorientierte Prozesse ermöglicht werden. Und selbstverständlich sind leistungsfähige digitale Infrastrukturen – sei es mit Glasfaser oder Mobilfunk - eine unerlässliche Voraussetzung für Smart villages.

Ein Modell für die Zukunft

Angesichts der positiven Erfahrungen muss es ein Ziel für die Zukunft sein, möglichst viele Bergdörfer zu Smart villages weiter zu entwickeln. Die Länder des Alpenbogens von Frankreich bis Slowenien verfolgen dieses Ziel im Rahmen der makroregionalen Strategie für den Alpenraum EUSALP. Spezifisch für Schweizer Bergdörfer haben die SAB und das Staatssekretariat für Wirtschaft SECO anlässlich der Konferenz eine neue Unterstützungsmöglichkeit vorgestellt, die den erwähnten Empfehlungen an die Politik entspricht. Interessierte Berggemeinden und Regionen können sich bei der SAB melden und eine fachliche und finanzielle Unterstützung auf dem Weg zum Smart village in Anspruch nehmen. Die Massnahme wird finanziert über die Neue Regionalpolitik des Bundes. Weitere Informationen zur neuen schweizerischen Smart villages Pilotmassnahme finden Sie auf www.sab.ch.

Info-Box:

Die Konferenz wurde organisiert im Rahmen des alpenweiten Smart Village Projektes. Das Projekt wird geleitet von der Schweizerischen Arbeitsgemeinschaft für die Berggebiete (SAB). Beteiligt sind zehn Institutionen aus fünf Alpenländern. Die Aktivitäten werden vom Europäischen Fonds für regionale Entwicklung (EFRE) über das Interreg Alpenraumprogramm und in der Schweiz über die Neue Regionalpolitik kofinanziert. Das Projekt ist ein Beitrag zur Makroregionalen Strategie für den Alpenraum EUSALP.

Weitere Informationen unter <https://www.alpine-space.eu/projects/smartvillages/en/home>

Für Rückfragen:

- Thomas Egger, Direktor SAB, Tel. 079 429 12 55.

